

Arbeitskreis Grundwasser: Finanzielle Lösung im Vordergrund

Kaarst. Angesichts steigender Grundwasser-Stände meldet sich jetzt – nach der Grundwasser-Kommission Kaarst – der Arbeitskreis Grundwasser zu Wort. „Das Wichtigste ist jetzt, eine finanzielle Regelung für die Langfristlösung zu finden“, erläutert Dr. Manfred Thiele. Aber auch kurzfristige Maßnahmen seien notwendig: Bereits jetzt habe das Grundwasser in Kaarst einen Stand erreicht, der dem Höchststand des vergangenen Jahres im Frühjahr entspreche. Der Arbeitskreis Grundwasser befürchtet daher, dass im kommenden Frühjahr ein Szenario Wirklichkeit werden könnte, dass der Erftverband ursprünglich für das Frühjahr 2001 entworfen hatte: Da-

nach wären rund 1850 Gebäude betroffen, würden mit der Bodenplatte im Wasser stehen und hätten vernässte Keller.

Neben dem ungünstigen Witterungsverlauf habe auch die Schließung des Wasserwerkes Lodshof/Waldhütte den Grundwasser-Stand der Nordkanal-Niederung ansteigen lassen. Dies sei besonders deswegen kritisch zu sehen, weil der Nordkanal durch seine derzeitige Verschlammlung nicht mehr zur Entwässerung der Region beitrage.

Der Arbeitskreis, dem neben Thiele, Heinz-Josef Hesper, Jürgen Kallmann, Dr. Heinrich Kalthoff, Dr. Joachim Lorenz, Dr. Franz-Wilhelm Ser-

vaes und Dr. Rudolf Waldmann angehören, bemängelt, dass für Kaarst noch keine Notmaßnahmen vorgesehen seien. „Wie kann das Versprechen des damaligen Ministerpräsidenten Clement vom August 2002 eingelöst werden“, fragen die Kaarster: Wolfgang Clement hatte damals in einem Gespräch mit Betroffenen versprochen, dass niemand „absaufen“ werde.

Von den Maßnahmen in Kleinenbroich könnten höchstens die Vorster profitieren. Eine Verbesserung für Holzbüttgen, Broicherdorf und Starkerseite sei nur denkbar, wenn der Nordkanal einbezogen würde.

Vordringlichste Aufgabe sei aber zu klären, wie die Langfristmaßnahmen

finanziert werden könnten. Die Politik habe die moralische Verpflichtung, an einer Lösung mitzuwirken, denn seit den sechziger Jahren sei die Zahl der Einwohner um 200 Prozent gewachsen – eine von der Politik gewollte Entwicklung. „Man hat die Neubürger aber nicht auf die Grundwasser-Situation aufmerksam gemacht“, so Thiele.

Wichtig sei jetzt, zu einer Lösung zu kommen: Ein gebäudescharfes Kataster, daran hält der Arbeitskreis fest, sei nicht nötig und auch nicht gewollt.

„Bei einer gebäudescharfen Untersuchung bleibt die Anonymität nicht gewahrt“, warnt Thiele. Dadurch werde nicht nur ermöglicht, individuelle Schäden zu berechnen, sondern even-

tuell auch individuelle Gebühren zu erheben.

Und so besteht der Arbeitskreis auch weiterhin darauf, dass die strafscharfe Untersuchung ausreiche, um Lösungen zu erarbeiten. „Denkbar sind großräumige Lösungen, die über die Verbandsgrenze des Erftverbandes hinausgreifen – von Landrat Patt bereits schon als überlegenswert angeregt – und überregional koordiniert werden müssten.“ Der Arbeitskreis favorisiert eine großräumige Absenkung des Grundwassers, bei der zur Entwässerung bestehende Grabensysteme, der Nordkanal, die Niers und andere Entwässerungsmöglichkeiten einbezogen werden sollten. **vado**